

A1

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Demokratie lebt vom Mitmachen – Aufruf des

Bundeshauptausschusses zum Schutz von

Freiheit und Demokratie

Antragstext

- Der Bundeshauptausschuss 2024 möge den Aufruf "Demokratie lebt vom Mitmachen –
- 2 Aufruf des Bundeshauptausschusses zum Schutz von Freiheit und Demokratie"
- beschließen.
- Demokratie braucht unser aller Mittun Aufruf des Bundeshauptausschusses zum
- 5 Schutz von Freiheit und Demokratie
- 6 Aus Anlass des diesjährigen Bundeshauptausschusses ruft das Kolpingwerk
 - Deutschland weiter zu mutigem und entschlossenem Handeln für Freiheit und
- Demokratie auf. Der 9. November ist ein besonderes Datum in der deutschen
- 9 Geschichte, das daran erinnert, dass das Recht auf gesellschaftliche und
- politische Teilhabe sowie Rechtstaatlichkeit keine Selbstverständlichkeiten
- sind. Sie sind das Ergebnis harter Auseinandersetzungen und müssen durch aktives
- 12 Eintreten aller Bürger*innen bewahrt und weiterentwickelt werden. Angesichts
- zunehmender extremistischer Tendenzen in Europa ist dies umso deutlicher in
- 14 Erinnerung zu rufen.
- Der 9. November ist ein Datum, dessen Ereignisse und Auswirkungen weit über die
- eigenen Grenzen gewirkt haben. Vom Scheitern der Märzrevolution im Jahr 1848
- über das Ausrufen der ersten deutschen Republik 1918, den gescheiterten Hitler-
- Putsch 1923, die Reichspogromnacht 1938 und den Fall der Berliner Mauer 1989 –
- deutsche und europäische Geschichte lagen am 9. November häufig eng beieinander
- und sind bis heute nicht voneinander zu trennen.

21 Mit dem 9. November 1989 werden in Europa Schlagworte wie Friedliche Revolution, 22 Demokratisierung, Befreiung und Grenzöffnung verbunden. 35 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs haben sich allerdings nicht alle Erwartungen erfüllt, die 23 mit der Einkehr von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in der Mitte 24 Europas einhergingen. Im Gegenteil wird die Demokratie als Herrschaftsform vom 25 und für das Volk teils deutlich herausgefordert, teils sogar offen infrage 26 27 gestellt. Dies zeigt sich im Agieren populistischer Regierungen, die sich zum 28 Ziel gesetzt haben, rechtsstaatliche Grundsätze, wie die Unabhängigkeit von Justiz und Medien zu untergraben. 29

Nationalismus gefährdet Demokratie

30

38

39

40

41

42

43

44 45

46

47

48 49

50

51 52

53

54

55

56

57

Das Erstarken nationalistischer bis rechtsextremer Strömungen bei den zurückliegenden Europa-Wahlen unterstreicht diese beunruhigende Entwicklung auf dramatische Weise. Mit Sorge wird wahrgenommen, dass mittlerweile in nahezu allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nationalistische und extremistische Bewegungen erstarkt sind – vom französischen Rassemblement National, den italienischen Fratelli d'Italia über den ungarischen Fidesz und der schwedischen Sverigedemokraterna bis zur Alternative für Deutschland.

Teils unverhohlen, häufig aber geschickt kaschiert, machen sie sich auf den Weg, die Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit infrage zu stellen und sie in Regierungsverantwortung schleichend außer Kraft zu setzen. Nationalistische Bewegungen missbrauchen teils berechtigte Ängste und Sorgen, um die Demokratie zu beschädigen. Ängste und Sorgen sind das Ergebnis verschiedener Ursachen, die beispielsweise von den Auswirkungen eines zunehmenden Stadt-Land-Gefälles über Defizite in der flächendeckenden Gesundheitsversorgung sowie Mängeln im Bildungssystem bis hin zu den Folgen umweltpolitischer Maßnahmen und migrationspolitischer Entscheidungen reichen.

Insbesondere Fragen von Migration und Integration werden auf Basis althergebrachter Stereotypen instrumentalisiert. So machen es sich rechtspopulistische Parteien zum Ziel, Teile der Gesellschaft zu Gunsten nationalistischer Parolen zu stigmatisieren und auszugrenzen. Ein Blick auf die Ereignisse des 9. November 1938 mahnt auf dramatische Weise dazu, unmissverständlich gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit Position zu beziehen, bevor Extremismus weiter in menschenverachtende Gewalt umschlägt.

Auch wirken nationalistische Bewegungen dem Anliegen all jener entgegen, die im Vorfeld des 9. November 1989 für Freiheit und Demokratie eintraten. Mit ihren nationalistischen und europafeindlichen Parolen greifen sie das größte Friedensprojekt der Nachkriegszeit, die Europäische Union, offen an und stellen demokratische sowie rechtsstaatliche Standards zunehmend in Frage. Damit wird

das Begleitmotiv der friedlichen Revolution im Herbst 1989 – die Rückkehr nach 59 60 Europa – ad absurdum geführt. Der Bundeshauptausschuss des Kolpingwerkes will sich mit dem diesjährigen Tagungsort Trier dieser Entwicklung ausdrücklich 61 entgegenstellen. Die Stadt Trier ist tief verwurzelt in der europäischen 62 Geschichte und ein beliebter Begegnungsort für Menschen aus ganz Europa. 63

Demokratie braucht Engagement

64

75

76

77

78

79 80

81 82

83

84 85

86 87

88 89

90

91

92

65 Demokratie lebt nicht nur vom Engagement für und in demokratischen Parteien, sondern vor allem auch von einer starken Zivilgesellschaft. Vereine und Verbände 66 als Teil dieser Zivilgesellschaft sind genauso wie politische Parteien 67 68 verpflichtet, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzutreten. Als 69 generationenübergreifender christlicher Sozialverband nimmt das Kolpingwerk mit 70 seinen mehr als 2000 Kolpingsfamilien diese Verantwortung wahr und wirbt 71 unermüdlich für ein freiheitliches und demokratisches Miteinander. Im Rahmen 72 niedrigschwelliger Bildungsarbeit leistet das Kolpingwerk mit seinem Netzwerk 73 für Geflüchtete, das Anfang 2026 zehnjähriges Bestehen feiert, einen Beitrag 74 gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Nach Überzeugung des Kolpingwerkes besteht trotz zunehmender antidemokratischer Tendenzen ein breiter gesellschaftlicher Konsens, dass die Demokratie die einzige Herrschaftsform ist, die Freiheit und rechtsstaatliches Miteinander garantiert. Sie gesteht den Bürger*innen das universelle Recht zu, in freien und geheimen Wahlen über ihre Regierung zu entscheiden. Genauso ermöglicht sie, dass alle Bürger*innen ihre Meinung frei und ohne Repressalien äußern können.

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung muss nicht nur mit Worten, sondern auch durch aktives Handeln aller Bürger*innen immer wieder, und hier besonders gegenüber Extremist*innen aus allen politischen und religiösen Richtungen, verteidigt werden. Dieses mutige Engagement kann schon im persönlichen Umfeld beginnen, wenn es darum geht, Klischees, Stammtischparolen oder Hass mit Fakten und einer klaren Haltung entgegenzutreten. Hier sollte Jede und Jeder einen Beitrag leisten.

Mit Blick auf die Bundestagswahl im kommenden Jahr ruft das Kolpingwerk alle Mitbürger*innen zu einem klaren Bekenntnis für die Demokratie und den Rechtsstaat auf. Machen Sie von Ihrem Stimmrecht Gebrauch und setzen ein klares Zeichen gegen Hass und Hetze! Nur auf Grundlage einer freiheitlichdemokratischen Grundordnung kann es dauerhaften Frieden zwischen Menschen und 93 Nationen geben.

Begründung

Der Bundeshauptausschuss tagt in diesem Jahr parallel zum 9. November. Der 9. November ist in mehrfacher Hinsicht ein historisch bedeutsames Datum, dessen Ereignisse – von der März-Revolution 1848 über die Reichspogromnacht 1938 bis zum Fall der Berliner Mauer 1989 – langfristige Auswirkungen auf deutsche und europäische Geschichte hatte. Angesichts eines wachsenden Populismus in Europa und mit Blick auf die Bundestagswahlen im kommenden Jahr schlägt der Bundesvorstand eine politische Erklärung vor, um ein Zeichen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in die inner- und außerverbandliche Öffentlichkeit zu senden